

ZEIT FÜR GRÜN.

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**



IN FRECHEN

KOMMUNALWAHL AM 30. AUGUST 2009

Zehn gute Gründe, Grün zu wählen

1. Damit Wirtschaftskrise und Klimakrise gemeinsam gelöst werden
2. Öffentliche Gelder nicht in sinnlose Abwrackprämien, sondern in ökologischen und sozialen Fortschritt und in Bildung fließen
3. Qualifizierungen bei den Argen auch eine echte Chance auf einen regulären Arbeitsplatz folgt
4. gentechnikfreie Landwirtschaft und biologische erzeugte Lebensmittel die Regel werden
5. Gammelfleisch-Skandale ein Ende haben
6. Mindestlöhne die Existenz sichern und eine echte Altersvorsorge möglich ist
7. Lärm, Feinstaub, CO₂-Belastung – ausufernde Stadtteile und eine wenig attraktive Innenstadt Vergangenheit sind
8. ALG II Beziehler auch hohe Energiekosten bezahlen können
9. ein Sozialticket Bus und Bahn für alle erschwinglich macht
10. und die kommunalen Betriebe nicht an Privatunternehmen verschleudert werden

Liebe Leserin Lieber Leser,

Am 30. August ist es Zeit für Veränderung – Zeit für Grün. Die Bürgerinnen und Bürger Nordrhein-Westfalens geben ihre Stimme zur Kommunalwahl ab.

Auch Sie sind gefragt, wenn es um die Gestaltung der politischen Landschaft in Frechen geht. Wir Grünen treten aktiv dafür ein, die BürgerInnen nicht nur an der Wahlurne entscheiden zu lassen. Mehr direkte Demokratie soll dafür sorgen, dass unsere Städte lebenswerter werden. Sie sollen mitentscheiden dürfen, ob vor Ihrer Haustür ein Naherholungsgebiet durch eine Umgehungsstraße zerstört wird oder ob Radfahrer endlich durch die Fußgängerzone fahren dürfen.

Momentan beschäftigen uns vor allem zwei Dinge: Die Klimakatastrophe und die Wirtschaftskrise. Beides hängt zusammen. Mit dem Green New Deal wollen wir auch auf kommunaler Ebene die Krise als Chance begreifen und mit sozial-ökologischen Investitionen gegen die Rezessionsgefahr angehen.

Mit dieser Ausgabe der Grünen Kommunalwahlzeitung »Zeit für Grün« wollen wir Sie über Grüne Politik vor Ort und die Möglichkeiten in Frechen informieren. Was gibt es zu tun, was liegt im Argen? Grüne Lösungen führen raus aus der Krise, das gilt für alle Lebensbereiche. Überzeugen Sie sich selbst!

Viel Spaß beim Lesen wünscht Ihr Ortsverband von Bündnis 90/Die Grünen in Frechen

Schulen statt Straßen – Zukunft statt Vergangenheit

Zeit für einen Kurswechsel – Ein »weiter so« verspielt die Zukunft der nachfolgenden Generationen

Wirtschaftskrise, Finanzkrise, Auto-krise, Energiekrise, Immobilienkrise, seit Frühsommer 2007 jagt eine Krise die andere und alle Krisen scheinen sich in ihren Auswirkungen zu verstärken. Es wird immer deutlicher, dass wir es mit gravierenden Umbrüchen zu tun haben.

Grenzen des Wachstums werden sichtbar

Und es wird immer deutlicher, dass der stetig steigende Ressourcen- und Energieverbrauch, den unser wirtschaftliches Wachstum benötigt, an seine natürlichen Grenzen stößt. Rohstoffe und Energie werden knapper und damit teurer. Damit einhergehend verschärft die hohe fossile Energieverbrauch die negativen Auswirkungen auf das Klima. Kurzum, es steht eine Änderung unserer Lebens- und Verhaltensweisen ins Haus.

Den »klassischen Autofahrer« beispielsweise, der jede Strecke mit dem Auto fährt, wird es in Zukunft kaum noch geben. In Zukunft wird noch viel stärker als heute das für den jeweiligen Zweck optimale Verkehrsmittel ausgewählt: Fahrrad, Bus, Bahn oder (Leih)Auto.

Und wie reagiert die Politik auf diese neue Situation, auf die sich ändernden Rahmenbedingungen?

Direkt kontraproduktiv sind Maßnahmen wie die Abwrackprämie, die ein Zurück zur Wegwerfgesellschaft darstellt und auf die begrenzten Ressourcen dieser Welt keine Rücksicht nimmt. Und man versucht überholte Industrien mit gewaltigen Überkapazitäten am Leben zu erhalten mit sehr viel Geld – Geld welches für Alternativen bitter fehlen wird.

Politik und auch die Industrie hoffen, dass man die Krise mit einigen Korrekturen – z.B. mit neuen Automodellen – wieder in den Griff bekommt und dass es danach genauso weiter geht, wie bisher. Dass diese Hoffnung nicht aufgehen kann – die Ressourcen der Erde sind nun mal endlich – ahnt man nicht nur in Fachkreisen schon längst, aber kaum jemand wagt es, dieses heikle Thema anzusprechen.

Auch in Frechen findet kein Kurswechsel statt.

Auch hier hat man die Zeichen an der Wand nicht erkannt und igno-



**ZEIT FÜR EINE
WARME MAHLZEIT.**

ZEIT FÜR GRÜN.



BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN
ZEIT-FUER-GRUEN.DE



**ZEIT FÜR MEHR
BUSSE UND BAHNEN.**

ZEIT FÜR GRÜN.



BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN
ZEIT-FUER-GRUEN.DE

riert schlichtweg die veränderten Rahmenbedingungen. Hier plant und baut man munter trotz der angespannten Haushaltslage für zweistellige Millionenbeträge große neue Straßen wie die Ortsumgehung Buschbell sowie den verlängerten Freiheitsring – Straßen, die nach ihrer Fertigstellung nur noch als Zeugnisse verfehlter Verkehrspolitik dienen. Straßen, die unsere letzten Naherholungsgebiete ruiniert haben werden. Dabei beruft man sich auf längst überholte Verkehrsprognosen und nimmt das bereits heute veränderte Mobilitätsverhalten der Frechener schlichtweg nicht zur Kenntnis.

Investitionen in die Zukunft und nicht in die Vergangenheit

Diese Finanzmittel werden uns bitter fehlen. Sie werden schon heute dringend für Investitionen in die Zukunft der nächsten Generationen benötigt. Hier stehen gewaltige Herausforderungen ins Haus:

- Die meisten **Schulen** sind für den Ganztagsbetrieb nicht ausgelegt, sie platzen aus allen Nähten
- Die **Kindertagesstätten** leiden unter zu großen Gruppengrößen

und schlecht bezahltem Personal.

- Viele **öffentliche Gebäude** müssen dringend energetisch saniert werden
- Der **öffentliche Nahverkehr** hat viele Schwachpunkte: Angebotslücken bei der Stadtbahnlinie 7 vor allem sonntags, abends und nachts, Busse fahren zu selten, vor allem zu selten nach Grube Carl und Weiden-West
- Der **Fuß- und Radverkehr** muss aus seinem Schattendasein heraus ins Zentrum der Verkehrspolitik befördert werden. Bezeichnenderweise gibt es den Frechener Fahrradbeauftragten nur auf dem Papier.

Das alles sind Investitionen in unsere Zukunft, in die Zukunft unserer Kinder.

Wir wollen das gute Geld der Steuerzahler in zukunftsreiche Projekte stecken und nicht in Projekte einer vergangenen Zeit. Wer nur das Alte stützt, ist nicht zukunftsfähig.

Wir wollen den Wandel aktiv gestalten, nicht der Zeit hinterher rennen.

WWW.ZEIT-FUER-GRUEN.DE

KANDIDATEN FÜR FRECHEN

GABRIELE NUSSBERGER, LISTENPLATZ 1



44 Jahre, verheiratet, zwei Kinder, Diplom-Musikerin und Orchesterleiterin. Sprecherin der Ratsfraktion seit 2004. Mitglied im Haupt-, Rechnungsprüfungs-, Kulturausschuss. »Nach gründlicher Information und Abwägung vertritt ich vor dem Hintergrund unserer grünen Ideale die Interessen unserer Bürgerinnen und Bürger. Mischen Sie sich ein, wir bleiben im Gespräch.«

gabriele.nussberger@gruene-frechen.de

HANS PETER SCHUMACHER, LISTENPLATZ 2 UND BÜRGERMEISTERKANDIDAT

48 Jahre, verheiratet, zwei Töchter, gelernter Groß- und Außenhandelskaufmann, Bilanzbuchhalter. Seit vielen Jahren Ratsmitglied bzw. Sachkundiger Bürger. Schwerpunkte: Haushalt, Jugendhilfe und Stadtentwicklung. »Die BürgerInnen möchten mitbestimmen, was in ihrem Umfeld passiert. Mehr Demokratie vor Ort und Mut zu Grün.«



hans-peter.schumacher@gruene-frechen.de

SABINE MAAS, LISTENPLATZ 3



48 Jahre, verheiratet, Hochschulpresseprecherin. Seit 2002 Mitglied bei Bündnis 90/Die Grünen. Seit 2007 Mitglied im Rat der Stadt Frechen, Mitglied im Betriebsausschuss für den Bäderbetrieb und Sport. Schwerpunkte: Sportpolitik, Gesundheit & Bildung. »Grüne Politik fördert Transparenz, Chancengleichheit und ein faires Miteinander! Und dafür brauchen wir aktive Bürgerinnen und Bürger.«

sabine.maas@gruene-frechen.de

HARTMUT ROESE, LISTENPLATZ 4

66 Jahre, IT-Berater, verheiratet, 2 Kinder. Mitglied im Umwelt- und Verkehrsausschuss. »Ich will nicht am großen Rad der Geschichte drehen, aber tatkräftig mithelfen, Landschaft und Umwelt zu schützen, den Ressourcenverbrauch zu verringern, unnötigen Verkehr und Lärm einzudämmen und Frechen lebenswerter zu machen.«



hartmut.roese@gruene-frechen.de

MECHTHILD VOGT-PAPENHOFF, LISTENPLATZ 5



61 Jahre, Sonderschullehrerin, seit 30 Jahren Konrektorin an einer Förderschule mit dem Schwerpunkt *Geistige Entwicklung* in Bergheim. Von 1989 bis 1995 Kreistagsmitglied im Rhein-Erft-Kreis. Erfahrung als Ratsmitglied im Rat der Stadt Frechen. Arbeitsschwerpunkte: Soziales, Schule und Gesundheit. »Vertrauensvolle Zusammenarbeit von Rat und Verwaltung ist mir wichtig, aber auch ein gutes Miteinander mit anderen Ratsmitgliedern.«

mechthild.vogt-papenhoff@gruene-frechen.de

Grüner Bürgermeister für Frechen

Mut zu »Grün«, damit Ihre Stimme auch zwischen den Wahlen Gehör findet.

In der Vergangenheit gab es viel Unmut über die Politik von Bürgermeister und CDU-FDP, wie die Vielzahl der Bürgerinitiativen in der letzten Wahlperiode gezeigt hat. Dies zeigt, es wird oft an den Betroffenen vorbei regiert. Das möchte ich ändern. Die Verwaltung soll bürgernah werden. Verwaltungshandeln muss transparent und nachvollziehbar sein. Die BürgerInnen sollen und wollen frühzeitig und umfassend über Planungen, die ihr Umfeld betreffen, informiert und einbezogen werden.

Stadtentwicklung

Wir brauchen einen Stadtbuss, der die Stadtteile verbindet. Wir brauchen gut ausgebaut Radwege. Wir brauchen verkehrsberuhigte Zonen, die diesen Namen verdienen. Wir brauchen grüne Oasen in der Innenstadt. Und wir brauchen eine barrierefreie Stadt.

Schule und Bildung

Den Ausbau der Ganztagsgrundschule wollen wir weiter forcieren. Dass dies jetzt erst mit allem

Nachdruck erfolgt, ist nur dem lautstarken Protest betroffener Eltern zu verdanken. Wir von Bündnis 90/Die Grünen wollten bereits bei der Haushaltsaufstellung für 2009, dass die notwendigen Mittel für den Ausbau bereitgestellt werden. Das wurde von allen anderen Fraktionen abgelehnt.

Die Übermittagsbetreuung an den weiterführenden Schulen muss ausgebaut werden; dazu gehört, dass jeder Schülerin und jedem Schüler eine Mahlzeit angeboten wird. Weiterhin möchte ich mittel- bis langfristig die Zusammenlegung von Haupt- und Realschule durchführen, alternativ kann aus der Hauptschule eine Gesamtschule entstehen.

Allerdings geht das nur zusammen mit den Betroffenen: Mit den Lehrern, mit den Eltern und mit den Schülern. Die Investitionen in die Schulen müssen oberste Priorität bekommen. Unterricht in Containern muss der Vergangenheit angehören.

Der Kindergarten entwickelt sich immer mehr zur Bildungseinrichtung. Deshalb soll der Besuch befallsfrei sein. Und die Öffnungszeiten müssen den Arbeitszeiten und den Bedürfnissen der Eltern angepasst werden.

Jugend – Soziales

Die Einführung der Ganztagschule benötigt andere Strukturen in der offenen Jugendarbeit. Dazu kommt ein verstärkter Beratungs- und Unterstützungsbedarf von Jugendlichen und Eltern. Daher müssen wir das Beratungsangebot ausbauen. Dazu gehört, dass die Betreuung auch in den Ferien

gesichert ist. Und dass Spielplätze gesperrt werden, darf nicht mehr vorkommen.

Wirtschaft

Die Frechener Wirtschaft ist gut aufgestellt, wie aus den Gewerbesteuererträgen ersichtlich ist. In Frechen hat sich in den letzten Jahren eine Reihe von namhaften Unternehmen angesiedelt.

Allen gemeinsam ist, dass diese Unternehmen viel Gewerbefläche verbrauchen, da es sich überwiegend um großflächigen Einzel- oder Großhandel handelt.

Dass bei dieser Gewerbeansiedlungspolitik die zur Verfügung stehenden Flächen schnell ausgehen, liegt auf der Hand. Was fehlt, ist ein nachhaltiges Grundstücksmanagement und keine neuen Gewerbeflächen, wie sie von der Unternehmensvertretung gefordert werden.

Natur- und Umweltpolitik

Wir verstehen Natur- und Umweltpolitik als Querschnittsaufgabe, da alle Bereiche davon betroffen sind. Wir brauchen wieder einen Umweltausschuss, der diesen Namen verdient. Unter der CDU-Mehrheit wurde dieser regelrecht abgewrackt. Dass in diesem Umweltausschuss die CDU auf Betreiben der FDP die Baumschutzsatzung abgeschafft hat, spricht für sich.

In Sachen Umwelt, Klima und Naturschutz sind wir Grünen das Original.

Hans Peter Schumacher
Bürgermeister für Frechen



Nur mit Grün wird's was!

Die Spitzen von Bündnis 90/Die Grünen in Nordrhein-Westfalen über die Möglichkeiten Grüner Politik in den Kommunen bis 2014

Die letzten fünf Jahre haben gezeigt: Starke Grüne in den Städten und Gemeinden sorgen für mehr Qualität in KiTas und Schule, für energetische Gebäudesanierung, für Naturschutz in der Stadt, für lebenswerte Städte und Gemeinden. Wo Grün wächst, wächst die Chance auf eine nachhaltige Politik vor Ort – mit Augenmaß für das finanziell Machbare. Für Grüne ist die Stadt und die Gemeinde der Ort, wo das Leben der Menschen konkret wird. Darum liegt darauf unser ganz besonderes Augenmerk.

und auf neue Kohlekraftwerke und eine Renaissance der Atomkraft setzt, müssen die Städte und Gemeinden die Dinge selbst in die Hand nehmen.

Kommunen stärken

»Privat vor Staat« – dieses ungeliebte politische Motto von CDU und FDP im Land ist der falsche Weg. Der Raubzug des Landes durch die Kassen der Städte und Gemeinden muss ein Ende haben. Wir wollen Kommunen, die ihren Bürgerinnen und Bürgern bieten können, was sie wirklich brauchen: Eine leistungsfähige Gemeinschaft, eine solide und nachhaltige Finanzierung von Bildungs- und Sozialleistungen, Jugend, Kultur und Sport, lebenswertem Wohnen und umweltgerechter Mobilität. Darum treten wir auf Landesebene für eine Stärkung der Kommunen, für eine gerechte Finanzausstattung ein.

Mit Grünen Ideen für mehr Klimaschutz und Jobs

Erneuerbare Energien, Energieeinsparung und Energieeffizienz – darin liegt für uns Grüne der Schlüssel für die kommenden Jahre auch in Städten und Gemeinden. Energetische Gebäudesanierung hilft – dem Klima, der Stadtkasse und den Betrieben vor Ort. Mit Investitionen in Umwelt und Bildung lassen sich allein in NRW in den nächsten vier Jahren deutlich mehr als 200.000 Arbeitsplätze schaffen. Weil die Landesregierung hier blockiert



sozialen Lernens, guter Bildung und Erziehung. Kinder gehören in den Mittelpunkt. Wir treten ein für innovative Schulentwicklung vor Ort durch längeres gemeinsames Lernen, Ausbau des Ganztages, inklusive warmer Mahlzeiten. NRW darf in der Bildungspolitik

nicht weiter abgehängt werden – weil es um die Zukunft unserer Kinder geht.

Grüne stärken heißt Städte und Gemeinden stärken. Darum bitten wir am 30. August um Ihre Stimme für mehr Grün vor Ort!

Daniela Schneckenburger
Landesvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen NRW
Arndt Klocke
Landesvorsitzender Bündnis 90/Die Grünen NRW
Sylvia Löhrmann
Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen im Landtag NRW

ZEIT FÜR GRÜN.

Gelebte Migrationspolitik

In Deutschland sind noch etliche Hürden zu überwinden

In Deutschland leben ca. 15 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund. 6,74 Millionen von ihnen haben eine ausländische Staatsbürgerschaft. 30% der Migranten leben seit über 20 Jahren in Deutschland. An Hand dieser Zahlen und Fakten ist schnell erkennbar, dass Deutschland eine gute Migrations- bzw. Integrationspolitik betreiben sollte.

Als grobes Resultat der gelebten Ausländerpolitik der letzten Jahre muss gesagt werden, dass die deutsche Ausländerpolitik und die Integration der Migranten sich nicht so entwickelt hat, wie man es sich gewünscht hätte. Zu Beginn der Einwanderung war den zuständigen Personen der Regierung nicht bewusst, dass Handlungsbedarf besteht. Als ihnen dann deutlich wurde, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist und am Integrationskonzept grundlegend gearbeitet werden musste, war es schon zu spät. Lange Zeit ruhte das Migrations- und Integrationskonzept, es kamen immer mehr ausländische Bürger zum Arbeiten nach Deutschland, um ihren Lebensstandard zu verbessern, doch richtig heimisch fühlten sie sich nie. Es kam zur Gruppenbildung

der verschiedenen Staatsbürger, sie wurden nicht richtig integriert.

Deutsche Sprache als Grundlage für erfolgreiche Integration

Als Hauptproblem bei der Integration ausländischer Mitbürger werden die Defizite in der deutschen Sprache bezeichnet. Die Kenntnis der deutschen Sprache bildet die Grundlage für eine erfolgreiche Eingliederung in die deutsche Gesellschaft. Wenn die deutsche Sprache nicht beherrscht wird, kann sich auch kein Miteinander unter den Menschen, kein Wir-Gefühl einstellen.

Erst im Jahre 2007 gelang der Bundesregierung ein Schritt innerhalb der Integrationspolitik, die Erschaffung des Nationalen Integrationsplans, der sich an den existierenden Problemen, die im Laufe der Zeit aufgetreten sind, orientiert. Viele der 400 aufgelisteten Verpflichtungen des Plans wurden jedoch schon vor dessen Erstellung durchgeführt und sind an einigen Punkten in sich widersprüchlich.

Die Migrations- und Integrationspolitik muss auch in Zukunft weiterhin verbessert werden, um den

Migranten, die sich für Deutschland als ihren langfristigen, teilweise endgültigen, Lebensmittelpunkt entschieden haben, ein harmonisches Leben in einer integrativen, offenen Gesellschaft zu gewährleisten. So ist eine Neuregelung für den Erwerb der doppelten Staatsbürgerschaft unabdingbar, um die Zugehörigkeit zu Deutschland zu fördern und gleichzeitig keine Verlustängste bzgl. der ursprünglichen Staatsangehörigkeit hervor zu rufen.

Individueller Einbürgerungstest, Wahlrecht und Integrationsausschuss

Der von vielen als sinnlos erachtete Einbürgerungstest, der selbst von vielen Deutschen nicht vollständig gelöst werden kann, ist nicht in der Lage das Wissen eines einzelnen zu verdeutlichen. Vielmehr muss an dieser Stelle ein individueller, auf den jeweiligen Bürger abgestimmter Einbürgerungstest durchgeführt werden. Des Weiteren muss das Wahlrecht geändert werden, so dass wenigstens diejenigen ein Wahlrecht erhalten, zumindest bei der Kommunalwahl, die eine Niederlassungserlaubnis besitzen. Auf der



kommunalen Ebene, also auch hier in Frechen, müssen Integrationsausschüsse gebildet werden, die im Gegensatz zu den Ausländer- und Integrationsbeiräten einen direkten Einfluss auf die Kommunalpolitik haben. Dies sind wichtige Schritte auf dem Weg zu einer besseren Entwicklung von Integration, die sich positiv auf die in Deutschland praktizierende Migrationspolitik auswirken.

Mert Seyfi Cetinsavas
Mitglied von Bündnis 90/Die Grünen

Aus der Krise hilft nur grün

Von Renate Künast und Jürgen Trittin



Seit vier Jahren regiert in Deutschland die große Koalition. Etliche meinten damals, große Koalitionen seien gut, um große Probleme zu lösen. Große Probleme gab und gibt es genug: Den Klimawandel, die Finanz- und Wirtschaftskrise, die Reform der Kranken- und Pflegeversicherung, Probleme in der Bildungspolitik, die Föderalismusreform. Große Koalition, kleines Karo! 4 Jahre Stillstand müssen jetzt zu Ende gehen!

Heute blicken wir auf den größten Schuldenberg in der Geschichte der Bundesrepublik. Zwei Konjunkturpakete haben 80 Mrd. Euro gekostet aber die meisten Maßnahmen wirken nicht oder sind ökonomisch und ökologisch unsinnig. Beispiel Abwrackprämie: Viele Menschen ziehen jetzt einfach den Kauf ihres Neuwagens um ein oder zwei Jahre vor. Heute fahren VW und Opel deswegen Extrarichtungen – und nächstes Jahr Kurzarbeit? Was das für die Zulieferindustrie, gerade in NRW bedeutet, kann man sich ausmalen. Beispiel kommunale Investitionen: Bis der Mittelabfluss endlich ins Laufen kam, vergingen Monate. Mit ihrer Mischung aus Kleinmut, Lobbypolitik und falschen Prioritäten bietet die große Koalition in der Krise keine Lösungen und keine Sicherheit.

Vor allem die Kommunen bleiben auf ihren Problemen sitzen. Das Bundesverfassungsgericht hat entschieden, dass die Geschäftsgrundlage der Jobcenter neu geregelt werden muss. Gerade in der Wirtschaftskrise braucht die Arbeitsmarktverwaltung eine verlässliche Planungsgrundlage. Was macht die Bundesregierung? Sie vertagt die dringend erforderliche Neuregelung. Die Folge: Die Betreuung wird abgebaut – gerade jetzt, wo wir sie am dringendsten brauchen.

CDU und SPD haben Deutschland nicht vorangebracht. CDU und FDP haben Nordrhein-Westfalen nicht vorangebracht. Statt mit einer verlässlichen Finanzausstattung die Kommunen in die Lage zu versetzen, wichtige Aufgaben zu erfüllen, schwächt die Landesregierung mit ihren Privatisierungswahn die kommunale Wirtschaft und die Daseinsvorsorge.

Die Erfahrungen aus Nordrhein-Westfalen mahnen uns im Bund: Deutschland darf nicht in die Hände einer schwarz-gelben Bundesregierung fallen. Wir wollen nicht mehr vom Alten und vom Falschen. Wir wollen nicht weiter eine Politik, die zur größten Wirtschaftskrise seit 80 Jahren beigetragen hat.

Die Zeit ist reif für neues Denken und für unseren grünen New Deal – eine soziale, ökologische und wirtschaftlich vernünftige Politik. Durch Investitionen in Klima, Gerechtigkeit und Bildung schaffen wir 1 Mio. neue Jobs. Und wir geben der Wirtschaft ein neues Fundament: Ob Rechtsanspruch auf Kindergartenplatz, die Kindergrundsicherung, der Ausbau der Erneuerbaren Energien oder mehr Wärmedämmung – alles Beispiele für einen doppelten Mehrwert grüner Politik: Gut für Morgen, gut für Heute! Im Wahljahr 2009 entscheiden Sie nicht nur im Bund, sondern auch ganz konkret in ihrer Stadt und Gemeinde ob wir nach vier Jahren kleinem Karo endlich wieder das große Ganze in den Blick bekommen. Es lohnt sich, grün zu wählen. Aus der Krise hilft nur Grün!

Zeit für einen anderen Umgang mit Energie

Ökologisches Umdenken ist in allen Köpfen, jetzt müssen Taten folgen

Eine Allensbach - Studie zu Energieversorgung kam schon vor Jahren zu folgenden Ergebnissen:

- 82 Prozent der Bevölkerung möchten, dass vor allem Energiequellen genutzt werden, die das Klima schonen.
- 65 Prozent der Bevölkerung möchten, dass die Leute zum Energiesparen angehalten werden.
- 65 Prozent der Bevölkerung möchten, dass Sonnen-, Wind- und Wasserenergie gefördert werden.
- 36 Prozent der Bevölkerung finden es richtig, dass die Preise derjenigen Energiearten höher sind, die die Umwelt stärker belasten.
- Nur noch 28 Prozent der Bevölkerung finden es richtig, dass sowohl herkömmliche Energiequellen als auch erneuerbare Energien bei der Planung der zukünftigen Energieversorgung berücksichtigt werden.

73 Prozent der Bevölkerung sehen Risiken in der Abhängigkeit von den Förderländern für Öl und Gas und 51 Prozent sind auch überzeugt, dass diese Risiken zunehmen, wenn erneuerbare Energien nicht massiv ausgebaut und gefördert werden.

Erhebliche Einsparpotenziale

Wir Grünen freuen uns über diese hohe Zustimmung zu unseren Zielen und wollen sie konkret in Frechen umsetzen. Unsere Schwerpunkte sind dabei effizientere Energienutzung und das Energiesparen:

- Wiederaufnahme der Fernwärmeversorgung von der Brikettfabrik Wachtberg insbesondere für das Baugebiet »Grube Carl«
- die Förderung von sparsamen Heizungen
- die Förderung von passiven Energiesparmaßnahmen insbe-

sondere an allen öffentlichen Gebäuden. ALU-Fenster und defekte Jalousien müssen endlich überall ersetzt werden.

- stärkere Förderung von Stromerzeugung und Wassererwärmung durch die Kraft der Sonne.
- vertretbaren, sinnvollen Ausbau und die Verbesserung bestehender Windkraftanlagen.
- die Forderung nach Einsatz sparsamer Fahrzeuge im öffentlichen Bereich.
- Frechen ist Schlussschritt in ganz NRW bei einem kommunalen Vergleich der Ausgaben für die Straßenbeleuchtung. Das wollen wir ändern.

Tempolimit darf kein Tabu mehr sein.

In einer Forsa - Umfrage aus 2007 sprachen sich 52 Prozent der Befragten für ein Tempolimit aus. Wir befürworten schon seit Jahren

eine Geschwindigkeitsbeschränkung auf den Autobahnen, die Frechen umgeben und durchschneiden.

Wir wissen, dass dadurch nicht nur Energie gespart, sondern auch die Verkehrssicherheit erhöht und das Unfallrisiko geringer werden und dass der Fahrzeugverschleiß und der Straßenverschleiß, der Lärm und die Feinstaubverschmutzung stark abnehmen. Auch die ständigen, nervenden Staus werden seltener. Was die „Freie Hansestadt Bremen kann – nämlich eine flächendeckende Geschwindigkeitsbeschränkung auf Autobahnen einzuführen – ist auch unser Ziel. Wir wollen einfach nur, dass Sie besser nach Hause kommen und sich zu Hause wohler fühlen.

Hartmut Roese
Sachkundiger Bürger im Umwelt- sowie im Verkehrsausschuss

Lindenschule muss erhalten bleiben

Neue Schule auf Grube Carl kleiner planen

Die Aussagen des in 2009 fortgeschriebenen Schulentwicklungsplans sind eindeutig:

Bis zum Schuljahr 2014/15 ist mit einem Anstieg der Schülerzahlen im Primarbereich um ca. 200 Schüler zu rechnen. An der Lindenschule und der Burgschule wird bis dahin die volle 3-Zügigkeit, an der Ringschule die volle 4-Zügigkeit erreicht.

Das heißt, der Neubau einer Grundschule auf Grube Carl wird damit unverzichtbar. Gleichzeitig stellen die Planer aber fest, dass der Bau einer 4-zügigen Grund-

schule auf Grube Carl durch den Wegfall der Lindenschule alleine nicht gerechtfertigt ist, da bis zu diesem Zeitpunkt auch die Burgschule und die Ringschule aus den Nähten platzen, und die Überkapazitäten von der neuen Schule schon aufgrund der räumlichen Entfernung nicht aufgefangen werden können.

Noch nicht berücksichtigt ist hier unsere Annahme, dass wegen der derzeitigen Altersstruktur auch einige Bereiche der Innenstadt (Franzstrasse inklusive der Nebenstrassen) in näherer Zukunft

für Familien mit Kindern interessant werden, und sich auch hier die Frage der Schulwege stellen wird.

Schließung der Lindenschule muss vom Tisch

Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass es nun darauf ankommt, für den Erhalt der Lindenschule zu kämpfen und die derzeitige Beschlusslage, nämlich die Aufgabe der Lindenschule zu revidieren. Nur die Lindenschule wäre in der Lage, Überkapazi-

täten aus Burgschule und Ringschule aufzufangen.

Der Neubau auf Grube Carl könnte dann erheblich kleiner ausfallen, da hier dann eine 2-zügige Schule ausreichen würde. Deutlich wird aber auch, dass eine Revision der bisherigen Planungen nicht zuletzt vom Druck der Bevölkerung und den Mehrheitsverhältnissen im zukünftigen Stadtrat abhängen werden.

Jürgen Weidemann
Sachkundiger Bürger im Schulausschuss

Aus dem Wahlprogramm

von Bündnis 90/Die Grünen im Rhein-Erft-Kreis

Waldvermehrung

»Grüne treten ein für Waldvermehrung im Rhein-Erft-Kreis. Die Waldflächen sollen jährlich um 20 ha wachsen. Im waldärmsten Kreis des Landes muss der Natur wieder Raum gegeben werden. Vor allem aufgrund der Braunkohletagebaue wurden viele Waldflächen in Anspruch genommen. Von der Aufforstung haben auch alle Wanderer, Jogger und Naturliebhaber etwas: echte Erholungslandschaften vor der Haustür. Für Waldvermehrung wird im Rahmen der Rekultivierung, oder des Projektes »Lasst Bäume in den Himmel wachsen« schon ein wenig gemacht. Doch das reicht bei weitem nicht.« Sie wollten doch schon immer mehr Wald. Wer GRÜN wählt, bekommt Wald.*

Zentrum für Energiekompetenz

Regenerative Energie und Energieeffizienz sind Jobmotoren. Kein Markt wächst so schnell. Entscheidend ist, dass vor Ort die Handwerksbetriebe hierfür gerüstet sind. Vor allem ist das eine Frage der Aus- und Fortbildung. Hier setzt die Idee an: Auf Antrag der GRÜNEN beschloss der Kreistag, am Berufskolleg in Kerpen-Horrem ein Zentrum für Energiekompetenz zu errichten, an dem junge Leute in diesen Bereichen eine kompetente Aus- und Fortbildung erfahren. Sie wollten doch schon immer einen zukunftsfähigen Energiekreis. Wer GRÜN wählt, bekommt Ökokompetenz beim Handwerker um die Ecke.*

Güter auf die Schiene

»Grüne wollen den Güterverkehr von der Straße auf die Schiene holen. Dafür soll der Bestand der privaten und öffentlichen Schienenanlagen in der Region erhoben und nutzbar gemacht werden. Es sind weitere Schienenverbindungen und Güterverkehrszentren notwendig, um den Güterverkehr ernsthaft von der Straße auf die Schiene zu verlagern. Der für die nächsten Jahre vorausgesagte Zuwachs des Güterverkehrs kann nur durch eine weitgehende Regionalisierung der Produktion vermieden werden.« Sie wollten doch schon immer den Güterverkehr von der Straße haben. Wer Grün wählt, bekommt den Laster auf die Schiene.*

Kind und Job

»Grüne treten ein für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, für Mütter wie für Väter. Gut qualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind eine wertvolle Ressource für die Wirtschaft. Diese Fähigkeiten dürfen nicht bei der Geburt von Kindern für die Gesellschaft verloren gehen. Ein Umdenken von Arbeitgebern, das Schaffen von intelligenten Arbeitszeit- und Arbeitsplatzmodellen ist vor dem Hintergrund absehbaren Fachkräftemangels dringend nötig. Der Kreis kann durch Vorbildfunktion und Beratung helfen, Firmen familienfreundlich zu gestalten.« Sie wollten doch schon immer Kind und Job unter einen Hut bringen. Wer Grün wählt, hilft Eltern und Unternehmen.

Energie aus regenerativen Quellen

»Grüne wollen die Sonne durch Fotovoltaik und Sonnenkollektoren nutzen und die weitere Ausweitung von Windvorranggebieten und Wasserkraftanlagen an geeigneten Stellen. Die Erdwärmennutzung soll intensiviert werden. Auch gentechnikfreie Biomasse ist dann in Ordnung, wenn sie nicht in Konkurrenz zur Lebensmittelerzeugung steht. Die Jahre vorausgesagte Zuwachs des Gesamtwirkungsgrad bei der Nutzung fossiler Energieträger. Grüne wollen langfristig auf regenerative Energiequellen umstellen und lehnen neue Tagelager ab, wie zum Beispiel den zwischen Kerpen, Düren und Erftstadt neu geplanten.« Sie wollten doch schon immer eine sichere Energieversorgung. Wer Grün wählt, bekommt Sonne aus der Steckdose.*

Altwerden, ein Abenteuer?

»Die Alterspyramide steht Kopf. Immer weniger junge Leute stehen immer mehr älteren Menschen gegenüber. Wir brauchen intelligente Lösungen, um alten Menschen aktive Teilnahme am Leben zu ermöglichen und Altersarmut zu vermeiden. Angemessene Sätze bei der Grundsicherung, Wohnberatung und Unterstützung zum Erhalt der eigenen Wohnung, Barrierefreiheit im öffentlichen Raum, kostengünstiger öffentlicher Nahverkehr, angemessene Pflegeleistungen sind Stichworte einer Mindestausstattung eines

gelingenden Älterwerdens. Dazu gehören auch altersgerechte Stadtplanung, das Entwickeln von neuen Wohnformen, soziales Engagement.« Sie wollten doch schon immer auch im Alter noch in Würde Älterwerden. Wer Grün wählt, bekommt die Stones ins Altersheim.*

Schnelle Schiene und schnelle Busse

»Immer mehr Menschen wollen ihren Alltag mit immer weniger Autos bewältigen. Dazu ist ein belastbares Netz von schnellen Regionalbahn-, S-Bahn- und Stadtbahnverbindungen erforderlich, ergänzt durch Schnellbusse, die nicht an jeder Milchkanne halten. Nutzbar wird das Netz aber erst durch großzügige Betriebszeiten auch am Wochenende, merkbare Takte, verlässliche Anschlüsse und sichere Anschlüsse zum Orts- oder Stadtbus, Fahrrad und PKW. Dies ist nicht zum Nulltarif und nicht bis übermorgen zu haben. Die Alternative ist aber der Infarkt des motorisierten Individualverkehrs.« Sie wollten doch schon immer mehr Bus und Bahn und weniger Auto. Wer Grün wählt, bekommt mehr Schienenverkehr und schnellere Busse.*

**Beachten Sie: Grüne setzen sich mit Nachdruck für ihre Ziele ein. Sie schaffen dies umso besser, je mehr Unterstützung sie dafür erhalten. Wählen Sie Grün. Werben Sie bei Nachbarn und Bekannten für Grün. Werden Sie aktiv für Grün.*

KANDIDATEN FÜR DEN RHEIN-ERFT-KREIS

ELMAR GILLET, GRÜNER LANDRATSKANDIDAT IM RHEIN-ERFT-KREIS LISTENPLATZ 1



Elmar Gillet ist Jahrgang 1965 und wohnt in Wesseling. Er ist Soziologe, derzeit hauptberuflich Vater, aber neben der Politik in der Musikbranche tätig. Er ist Vorsitzender der GRÜNEN im Rhein-Erft-Kreis und seit dem August 2007 Mitglied des Kreistages und Fraktionsvorsitzender der Wesseling-Grünen. »Sie wollten doch schon immer eine Politik, die Mensch und Natur zusammenbringt und Zukunftschancen für alle Menschen bereitet.«

elmar.gillet@gruene-rhein-erft-kreis.de

DORIS LAMBERTZ LISTENPLATZ 2

Doris Lambertz ist Jahrgang 52, in Köln geboren, verheiratet und hat eine erwachsene Tochter. Sie arbeitet als Verwaltungsangestellte beim Datenarchiv für Sozialforschung an der Universität Köln. Sie ist Vorsitzende der Grünen Kreistagsfraktion. »Meine Hauptmotivation, Politik zu machen, lässt sich ausdrücken mit der alten Wahlsage »Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt« – also Nachhaltigkeit, die für alle Politikfelder durchdekliniert wird.«



doris.lambertz@gruene-rhein-erft-kreis.de

Radfahren in Frechen

Neuigkeiten aus einem Notstandsgebiet

ADFC in die Fachausschüsse! So forderten wir vor 5 Jahren - und wurden sogar von allen anderen Parteien unterstützt! Das Ende vom Lied: Nach drei Jahren hat der ADFC-Vertreter im Verkehrs- und Planungsausschuss frustriert die Segel gestrichen: Jeder fahrradfreundliche Vorstoß von den GRÜNEN oder dem ADFC wurde von einer desinteressierten politischen Mehrheit aus CDU und SPD abgebügelt. Unsere Forderungen: Das Fahrrad als Verkehrsmittel ernst nehmen! Keine Planungsmaßnahme ohne Berücksichtigung des Radverkehrs!

Die Folgen: weniger Stress im Verkehr, weniger Unfallopfer, mehr Lebensqualität! Die Realität sieht anders aus; derzeit verstehen Ratsmehrheit und Verwaltung »Rad-verkehrs-förderung« in Frechen so:

Die Ratsmehrheit beschließt: Schrittgeschwindigkeit für Fahrräder entlang der Aachener Straße! Glauben Sie nicht?

Auf einem kombinierten Fuß- und Radweg haben Radfahrer die Belange der Fußgänger besonders zu berücksichtigen. (...) Soweit erforderlich, müssen sie Schrittgeschwindigkeit fahren, damit sie sofort anhalten können. So urteilte das OLG Oldenburg (AZ: 8 U 19/04)

Genau diese Beschilderung wollte aber die politische Mehrheit jenseits der GRÜNEN - und zwingt damit alle Fahrräder auf den Gehweg. Und das mitten in der Haupteinkaufsstraße in Königsdorf. Wer nun also mit dem Fahrrad entlang der Aachener Straße mit einem Fußgänger kollidiert, ist mindestens mitschuldig - oder fahren Sie immer 4 - 7 km/h? Darum fordern wir die Beschilderung »Gehweg/Radfahrer frei - zum Schutz von Fußgängern und Radlern!

Dann dürfen schnelle Fahrräder nämlich auch die Fahrbahn benutzen. Planungsbüro, ADFC und GRÜNE hatten übrigens Fahrradstreifen gefordert - die wurden natürlich abgelehnt! Dabei funktioniert das prima, auch auf stark befahrenen Straßen; davon konnten sich Ausschussmitglieder aus der Nachbarstadt Hürth gerade bei einer Besichtigung in Bonn informieren ...

Fahrradstreifen beschlossen am Keramion ...

... aber die Stadt setzt den Beschluss einfach nicht um! Für die Dr.-Gottfried-Cremer-Allee (zweigt am Keramion von der Bonnstraße zum Gartencenter Dehner ab) hatte der zuständige Ausschuss auf Anregung des Planungsbüros und des ADFC die Anlage von Fahrradstreifen beschlossen - und was finden wir heute dort? Miserable Radwegführung, keine Ausleitung auf die Cremer-Allee, keine Fahrradstreifen! Alles in allem das Beispiel für eine schlechte Koordination mit dem Landesbetrieb Straßen - der ist nämlich für den Kreis am Keramion zuständig. Und kaum jemand regt sich über das Ergebnis auf ...

Radfahrer absteigen!

Kaum eine Baustelle im Frechner Stadtgebiet ohne diese Bankrotterklärung der Verkehrsplanung - dabei gibt es klare Regelungen für die Führung von Fahrrädern im Baustellenbereich (RSA - Richtlinien zur Sicherung von Arbeitsstellen). Die werden in Frechen aber überwiegend ignoriert - ohne dass die Verwaltung als anordnende Behörde tätig wird. Im Kreis (und vielen anderen Kommunen) hat das Schild längst den verdienten Weg in die Mottenkiste gefunden ...

Wir fordern:

- keine Baustelle ohne Radwegführung - wir wollen Fahrräder, keine Schieberäder!

Fahrradfahren in der Fußgängerzone?

Der gemeinsame Vorstoß von Polizei, dem Aktivkreis, dem ADFC und Grünen zur Freigabe des Radfahrens in der Fußgängerzone: Abgelehnt ohne inhaltliche Diskussion. Dabei funktioniert das friedliche Miteinander in anderen Städten problemlos ...

Wir bleiben dabei:

- Fußgängerzone öffnen für Fahrräder bei Schrittgeschwindigkeit!

Durchfahrt für Fahrräder öffnen zwischen Hühelner Str. und Othmarstr.? Linksabbiegen aus der Hühelner Str. in die Kölner Str.?

Viel zu gefährlich - fand die Automehrheit in Frechen. Dabei müssten Fahrräder ja die Straßenbahngleise queren und würden Fußgänger gefährden!

Dass die Fahrräder wenige 100 m weiter am Bahnhof Frechen spitzwinkelig über die Geleise fahren müssen, hat niemanden gestört ...

Es bleibt also dabei: Fahrradförderung in Frechen heißt dicke Bretter bohren! MitstreiterInnen herzlich willkommen!

Uwe Walter

Mitglied von Bündnis 90/Die Grünen sowie Vorsitzender des ADFC-Kreisverbandes (Allgemeiner Deutscher Fahrrad-Club)

Ihre Gründe unsere Gründe?

- Der Verkauf von Bio-Lebensmitteln boomt. Aber um die steigende Weltbevölkerung zu ernähren, müssen wir auf den massenhaften Einsatz der Gentechnik setzen. Richtig?
 - Der nächste Winter kommt bestimmt und auch die Energiepreise steigen wieder. Sind Sie dafür, dass die ALG II Bezüge den Energiepreiserhöhungen angepasst werden?
- Zwei von mehr als 50 Fragen auf der Grünen Kampagnenseite www.zeit-fuer-gruen.de. Dort können Sie testen, ob unsere Gründe für Grün auch Ihre Gründe sind.



IMPRESSUM

Herausgegeben von:
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, OV Frechen
V.i.S.d.P.: Hans-Georg Kleinmann
50226 Frechen, Hühelner Strasse 102
Tel.: (02234) 24299
E-Mail: info@gruene-frechen.de
Internet: www.gruene-frechen.de
Redaktion: Mert Cetinsavas, Hans-Georg Kleinmann, Hartmut Roese, Hans Peter Schumacher, Uwe Walter, Jürgen Weidemann
Gestaltung, Layout und Umsetzung:
KOMPAKTMEDIEN -
Die Kommunikationsbereiter GmbH, Berlin
Druck: Druck- und Verlagszentrum Hagen-Bathey



ZEIT FÜR GRÜN.